



Pressemitteilung

12. Mai 2021

Landesbischöfin unterzeichnet ökumenischen Aufruf für klimagerechte Zukunft:

„Eindämmung des Klimawandels muss Priorität für jede neue Bundesregierung haben“

Hamburg/Schwerin (ce). Die Landesbischöfin der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland (Nordkirche), Kristina Kühnbaum-Schmidt, hat einen Aufruf des bundesweiten Ökumenischen Netzwerks Klimagerechtigkeit unterzeichnet. In diesem wird gefordert, dass jede zukünftige Regierung die Eindämmung des Klimawandels zur Priorität macht. Das Netzwerk ist ein Bündnis aus mehr als 70 kirchlichen Institutionen aus den Bereichen Umwelt und Entwicklung und setzt sich für Klimagerechtigkeit in Kirche, Politik und Gesellschaft ein.

Den Aufruf im Vorfeld der Bundestagswahl im September haben bereits mehr als 85 Organisationen und Personen unterzeichnet. Er wurde anlässlich des morgen (13. Mai) startenden Ökumenischen Kirchentages verfasst, der in Frankfurt geplant war und nun bis Sonntag in digitaler Form dezentral stattfinden wird.

„Jede Generation sollte bestrebt sein, ihr Leben so zu führen, dass nachfolgende Generationen ebenfalls gute Chancen haben, ihr Leben erhalten und gestalten zu können. Doch der von Menschen verursachte Klimawandel stellt die Zukunftschancen der Menschheit insgesamt in Frage“, begründet Landesbischöfin Kristina Kühnbaum-Schmidt ihren Einsatz.

„Achtsamer Umgang mit der Schöpfung und Einsatz für mehr Gerechtigkeit gehören zu den Kernaufgaben für Christinnen und Christen“, heißt es in dem Aufruf. Kirchen könnten hier Vorbild sein: „Wir wollen in der globalen Gesellschaft nachhaltig leben und wirtschaften, um Gottes gute Schöpfung zu erhalten.“ Dabei mache der Einsatz für eine klimagerechte Zukunft nicht an den Grenzen Halt, sondern müsse sich an den Bedürfnisse der ärmsten und verletzlichsten Bevölkerungsgruppen orientieren.

Die Unterzeichnenden fordern in dem Aufruf die Politik auf, keine Zeit mehr zu verlieren und dringend die erforderlichen Schritte zum Erhalt unserer aller Lebensgrundlagen zu unternehmen. Zu den wesentlichen Ursachen der Klimakrise gehörten der Wirtschafts- und Lebensstil in den Industrieländern und der Eliten in den ärmeren Ländern. Deutschland zählt weltweit zu den Ländern mit dem größten CO₂-Ausstoß.

Zu den wichtigsten Forderungen gehören eine Ausrichtung der deutschen Klimaziele an der 1,5 Grad-Grenze, eine Erhöhung der Klimafinanzierung für die ärmsten und von der Klimakrise am stärksten betroffenen Staaten sowie der Ausbau der internationalen Zusammenarbeit für eine sozial-ökologische Transformation.

Weitere Informationen:

<https://www.kirchen-fuer-klimagerechtigkeit.de/artikel/schaut-hin-verantwortung-uebernehmen-fuer-eine-klimagerechte-zukunft>

Rückfragen:

Claudia Ebeling, Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Umwelt- und Klimaschutzbüro der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland (Nordkirche), Tel.: 040 30620 1542, Mobil 0151 62774518, E-Mail: claudia.ebeling@oekumene-gesellschaft.nordkirche.de